

FDP gibt Klimakurs einen Korb und wählt neue Präsidentin

Die Aargauer Freisinnigen sagen Nein zum CO₂-Gesetz. Dafür wählten sie Sabina Freiermuth per Akklamation.

Eva Berger

Die FDP Aargau hat eine neue Präsidentin. Sabina Freiermuth, die bisherige Fraktionschefin im Grossen Rat, war absolut unbestritten, eine Abstimmung war nicht nötig, per Applaus wählten die Delegierten sie am Dienstagabend für die nächsten vier Jahre an die Parteispitze. Sie war die einzige von der Geschäftsleitung vorgeschlagene Kandidatin, Spontankandidaturen gab es am Parteitag keine.

«Es ist für die FDP Aargau ein Glücksfall, dass sich Sabina Freiermuth zur Verfügung stellt», warb Ständerat Thierry Burkart für die 56-jährige Zofingerin. Sie übertreffe gar die Ansprüche an eine Parteipräsidentin. Um 19.43 Uhr erklärte Freiermuth Annahme der Wahl. Ihr Vorgänger Lukas Pfisterer übergab ihr einen Schlüssel für die Geschäftsstelle. Doch noch bis Mitternacht war er Präsident und führte durch den Rest des Parteitags.

Knappes Nein zur Trinkwasser-Initiative

Dieser war gut besucht. Während die Parteileitung und die Referentinnen und Referenten vor Ort in Aarau waren, verfolgten rund 180 Delegierte die Versammlung online an den Bildschirmen. Lukas Pfisterer begrenzte die Redezeit auf eine Minute pro Votum - und das nutzten die Rednerinnen und Redner aus.

Nationalrätin Maja Riniker stellte die beiden Agrarinitiativen vor, beide werden von der FDP Schweiz abgelehnt. Dass die Pestizidinitiative aus freisinniger Sicht abgelehnt gehört, sei klar, sagte Grossrat Yannick Berner. Die Trinkwasserinitiative sei aber eine liberale Vorlage, welche die FDP befürworten solle. Eine Reihe Jungfreisinniger stimmte dem zu und stellte sich damit auch auf die Seite von Nationalrat Matthias Jauslin. Umweltverschmutzung sei nicht auch noch zu subventionieren, so der Tenor. Die Bauern wären durch die Annahme der Initiative in ihrer Existenz bedroht, be-



Lukas Pfisterer (r.) gratuliert seiner Nachfolgerin Sabina Freiermuth, sie übernimmt ab nun die Parteileitung.

Bild: Chris Iseli

merkte hingegen Grossrätin Karin Faes. Die Landwirtschaft als Teil der Wirtschaft brauche hier die Unterstützung der FDP. Mit 94 Nein- zu 82 Ja-Stimmen folgten die Aargauer schliesslich der FDP-Schweiz.

Angesichts dieses knappen Resultats beantragten die Jungfreisinnigen Stimmfreigabe. «Ich bin für klare Entscheide und darum sollten wir hier Ja oder Nein sagen», fand hingegen die frischgewählte Präsidentin Freiermuth. Dem folgten die Delegierten und lehnten den Antrag der Jungen ab.

Appell des Energiedirektor nützte nichts

Gespalten war die FDP auch beim CO₂-Gesetz. So sehr, dass sowohl die Befürworter- als auch die Gegenseite von Parteimitgliedern präsentiert wurde. Die Ziele zur CO₂-Reduktion seien bisher nicht erreicht worden, das Gesetz tue deshalb Not, sagte Matthias Jauslin. Es würden zwar Abgaben fällig, es



Rund 180 Freisinnige loggten sich für den Parteitag ein. Bild: Chris Iseli

käme zu einer Mehrbelastung. Aber: «Man kann das Fell nicht waschen, ohne es nass zu machen.»

Die Schweiz müsse ihren Beitrag leisten, sagte Grossrätin Jeanine Glarner. Aus freisinniger Sicht habe das Gesetz aber eklatante Mängel. Es sei unverhältnismässig, wirkungslos und bediene die Wünsche der Sozialdemokraten, nicht aber jene des Freisinns.

Dieser soll nicht wie die Sozialisten auf Umverteilung und Verbote setzen, appellierte Grossrat Adrian Schoop. Um gegen den Klimawandel vorzugehen, brauche es Innovation, nicht Verbote. Und Silvan Hilfiker warnte vor als Lenkungsabgaben getarnte Steuererhöhungen.

Landammann und Energiedirektor Stephan Attiger versuchte, die Delegierten zu über-

zeugen. Nichts zu tun sei unverantwortlich, eine neue Vorlage wäre auch nicht besser, meinte er. Zudem sei das Gesetz, das auf das Verursacherprinzip setze, zu 100 Prozent liberal und damit unterstützungswürdig. Am Rande der Versammlung appellierte auch Alt-Regierungsrätin Stéphanie Mörkofer schriftlich an die Versammlung, dem Gesetz zuzustimmen. Es sei 5 vor 12 beim Klimawandel, das Gesetz das beste, was man derzeit dagegen tun könne. Es brachte nichts, die Delegierten lehnten das CO₂ Gesetz mit 103 Nein- zu 72 Ja-Stimmen ab. Damit stellt sich die FDP Aargau gegen den Kurs der Mutterpartei mit Präsidentin Petra Gössi.

Schliesslich fassten die Delegierten noch die Parole zum Anti-Terrorgesetz. Dieses war unbestritten, die grosse Mehrheit der Freisinnigen sagt Ja.

Und dann war Lukas Pfisterers letzter Parteitag zu Ende. Heute Mittwoch übergibt er offiziell an Sabina Freiermuth.

Grüne empfehlen vier Ja, und Nein zum Terrorgesetz

Mitgliederversammlung Haupttraktandum der von Präsident Daniel Hölzle geleiteten Online-Mitgliederversammlung der Aargauer Grünen war die Parolenfassung für die fünf Abstimmungsvorlagen.

Keine Überraschung sind die Ja-Parolen zur Trinkwasser- und zur Pestizid-Initiative. Robert Obrist, Fraktionschef im Grossen Rat, sagte, die Bauern verwiesen alternativ oft auf das Pestizidgesetz als indirekten Gegenvorschlag: «In meinen Augen ist es ein unbrauchbares Gesetz.» Unglücklich seien aber viele, weil Bauern laut Trinkwasserinitiative ihren Tierbestand nur noch mit auf dem Betrieb produzierten Tierfutter ernähren können. Nun könne man aber nur Ja oder Nein sagen. Er hofft hier auf eine gute Lösung und empfahl Ja zu beiden Initiativen. Der Biobauer Beat Küng entgegnete, er lehne die Trinkwasser-Initiative ab, das sei Ökopolitik. Die Landwirtschaft habe sich doch sehr bewegt in den letzten Jahren, es gebe heute viele Biobauern. Er blieb allein mit dem Nein, 20 stimmten Ja, fünf enthielten sich. Die Pestizidinitiative wird einstimmig unterstützt.

Offene Türen rannte Grossrat Jonas Fricker mit seiner Ja-Empfehlung für das CO₂-Gesetz ein. Im Aargau sei man gar nicht auf Kurs, kritisierte er. Und man hätte mit dem CO₂-Gesetz viel rascher handeln müssen, für fossile Heizungen müsste viel früher das Aus kommen, meinte Fricker. Der Eisbär werde aber leider aussterben, wenn die Klimaerwärmung so weitergeht. Hier war der Fall völlig klar: Einstimmig Ja.

Einstimmig ist das Ja auch für das Covid-19-Gesetz, das Nationalrätin Irène Kälin vorstellte. Das Gesetz helfe vielen, die schwer von der Pandemie betroffen sind, sagte sie. Es habe Lücken, trage aber der schwierigen Lage Rechnung.

Ganz anders klang es beim Anti-Terror-Gesetz. Dieses sei total missraten, kritisierte Irène Kälin heftig. So Menschen bestrafen zu können, noch bevor sie überhaupt eine Tat begangen haben, und weitere Punkte kamen gestern Abend bei den Grünen ganz schlecht an. Mit einem Ja zu 23 Nein empfehlen sie es zur Ablehnung. (mku)

ANZEIGE

JUN 13

2x NEIN

zu den extremen Agrar-Initiativen

Mogelpackungen «Trinkwasser» & «Pestizidfrei»

extreme-agrarinitiativen-nein.ch



Marianne Wildi
Präsidentin Aarg. Industrie- und Handelskammer



Benjamin Giezendanner
Präsident Aarg. Gewerbeverband



Christoph Hagenbuch
Präsident Bauernverband Aargau

«Im Aargau arbeiten über 30'000 Menschen in der Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln. Die Annahme der Trinkwasser- und der Pestizidfrei-Initiative würde rund die Hälfte der Arbeitsplätze bedrohen, ohne dass dadurch ein Mehrwert für die Umwelt entsteht.»